

AKTUELL

KERNKRAFT ALS KLIMARETTERIN

Keine strahlenden Aussichten

Joël Adami

Über 20 Länder haben auf der Weltklimakonferenz einen Aufruf unterzeichnet, die Kapazitäten der Kernkraft bis 2050 zu verdreifachen. Doch ein neuer Bericht über den Status der weltweiten Nuklearindustrie zeigt, dass das alles andere als einfach wird.

„Kernkraft ist zurück!“ Das hofft zumindest der französische Präsident Emmanuel Macron. In seiner Rede in Dubai am 2. Dezember dankte er nicht nur seinen Partner*innen aus der Industrie und den Mitunterzeichner*innen, sondern strich die Vorteile von Kernkraft hervor. Sie sei so sauber wie Windkraft, sicher und eine gute Gelegenheit, um strategisch unabhängig zu werden. Vor allem für Entwicklungsländer seien sogenannte Small Modular Reactors (kleine modulare Reaktoren – SMRs) interessant, wenn die Weltbank und andere Kreditgeber*innen mitspielen würden.

Die zivilen nuklearen Kapazitäten bis 2050 zu verdreifachen, wird jedoch gar nicht so einfach. Nicht nur, dass es bisher kaum SMR-Projekte gibt, die mehr sind als Pläne und großspurige Ankündigungen – die Zahl der aktiven Kraftwerke ist aktuell eher im Sinken. Das geht aus dem diesjährigen World Nuclear Industry Status Report (WNISR) hervor. Der Bericht ist von unabhängigen Expert*innen verfasst, finanziert wird er unter anderem vom deutschen Umweltministerium und dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung sowie von den parteinahen Heinrich-Böll- und Friedrich-Ebert-Stiftungen.

Bis 2030 sollen 88 Kernkraftwerke stillgelegt werden, zwischen 2031 und 2040 noch einmal 108 und zwischen 2041 und 2050 gehen planmäßig weitere 75 Reaktoren in den Ruhestand. Um die Kapazität bis 2030 auf dem gleichen Stand wie heute – 9,2 Prozent der Elektrizitätsproduktion – zu halten, müsse fast jeden Monat ein neues Kraftwerk in Betrieb gehen. Um die in Dubai vorgebrachten Verdreifachungspläne zu verwirklichen, wären also gewaltige Anstrengungen nötig – oder aber es müssen alte und tendenziell unsichere Kraftwerke weiterlaufen. Der WNISR sieht sogar das einfache Ersetzen der bisher bestehenden Kraftwerke als „hochgradig unrealistisches Szenario“, da die Planungs- und Bauzeiten für Kernkraftwerke so lang sind. Obwohl meistens von fünf Jahren Bauzeit ausgegangen wird, sind im Durchschnitt bei allen sich im Bau befindenden Kernkraftwerken sechs Jahre seit Beginn der Arbeiten vergangen. Die Hälfte

aller Bauprojekte ist entweder schon verzögert oder in Gefahr, sich zu verzögern. Die Autor*innen des Berichts betonen, dass neben dem Bau auch Entwicklung, Planung, Finanzierung und Bürokratie Zeit kosten.

Russland und China bauen am meisten AKWs

Auf der Liste der Unterzeichner*innen des Aufrufs von Dubai fehlen China und Russland – dabei sind es diese beiden Länder, die am meisten Kernkraftwerke bauen: China vor allem zu Hause (23 Reaktoren, davon 4 russischer Bauart), während Russland im Ausland (24 Stück) baut. Auch das schafft Abhängigkeiten: die EU-Länder Bulgarien, Tschechien, Finnland und die Slowakei beispielsweise betreiben Reaktoren mit sowjetischem Design, die nur mit russischem Brennstoff betrieben werden können. Zwar ist es der Nuklearfirma Westinghouse gelungen, diese Brennelemente nachzubauen, bisher wurden diese jedoch nur in die Ukraine geliefert, heißt es im WNISR.

Können SMRs – kleine, vielseitig einsetzbare, möglicherweise auch mobile Reaktoren – Abhilfe schaffen, was lange Bauzeiten angeht? Auch hier verspricht der der WNISR wenig Optimismus: Bisher gibt es nur zwei Beispiele, eins in China und eins in Russland. Während bei der russischen Version, die auf der Barge „Akademik Lomonosov“ auf einem Fluss schwimmt, die Leistung unerwartet niedrig ist, lieferten die chinesischen HTR-PM-Reaktoren, die als die einzigen „echten“ SMRs weltweit gelten, im Jahr 2022 nur 27 Stunden lang Strom. Grundsätzlich stellen die Autor*innen des Berichts fest, dass SMRs nur wenig Chancen haben, ökonomisch Strom zu liefern. Das zeige auch der Kollaps des US-amerikanischen Startups Nuscale, das im November dieses Jahres ankündigte, sein SMR-Projekt aufzugeben.

So könnte es durchaus sein, dass der Anteil an Atomstrom im weltweiten Energiemix in den nächsten Jahren eher zurückgeht. 2022 war er auf dem niedrigsten Stand seit 40 Jahren. Derweil haben Solar- und Windkraft im Jahr 2022 rund 28 Prozent mehr Strom produziert als Kernkraftwerke. Insgesamt lag der Anteil der Erneuerbaren (ohne Wasserkraft) bei 14,4 Prozent. Seit 2009 sind die Energiekosten für Fotovoltaik um 90 Prozent, jene für Windkraft um 70 Prozent gesunken. Dahingegen sind die Kosten für Kernkraft um 47 Prozent gestiegen. Um sie zu verdreifachen, müssten also gewaltige Investitionen getätigt werden.

SHORT NEWS

Le Luxembourg et Engie gagnent contre la Commission

(fg) – Voilà une somme rondelette que l'État luxembourgeois n'aura pas et que, de toute manière, il ne voulait pas. La Cour de justice de l'Union européenne (CJUE) a donné raison, ce mardi 5 décembre, au grand-duché contre la Commission européenne, qui avait condamné Engie à rembourser 120 millions d'euros au fisc luxembourgeois, en vertu de tax rulings accordés à deux filiales luxembourgeoises de l'énergéticien français. Pour Bruxelles, il s'agissait d'aides d'État incompatibles avec les règles du marché intérieur, les deux sociétés n'ayant payé que 0,3 % d'impôts sur certains de leurs bénéfices pendant près de dix ans. Engie et le Luxembourg avaient contesté l'interprétation de l'exécutif européen devant la justice européenne qui, dans un premier temps, les avait déboutés. Ils avaient fait appel, et dans l'arbitrage final rendu le 5 décembre, la juridiction européenne a finalement donné raison au groupe français et au Luxembourg, reprochant à la Commission d'avoir « commis des erreurs dans ses différentes analyses des cadres de référence définissant le système normal d'imposition ». En clair, les juges rappellent que l'impôt relève du droit national et que la Commission n'a pas à le réinterpréter. Cet arrêt de la CJUE constitue un nouveau revers pour l'exécutif européen dans sa lutte contre l'optimisation fiscale des multinationales, après les procès perdus contre Fiat, Amazon, Starbucks et, plus récemment, contre Apple, que Bruxelles avait sommé de rembourser 13 milliards d'euros à l'Irlande.

Ciné Sura braucht Geld

(is) – Das Ciné Sura in Echternach mag ein historisches Kino sein, auf neue Technik ist es trotzdem angewiesen: Das Team muss einen veralteten Filmprojektor ersetzen und benötigt für den Kauf sowie die Installation 60.000 Euro. Zu diesem Zweck lanciert das Ciné Sura jetzt eine Crowdfunding-Kampagne: Spender*innen können das Kino ab sofort via startnext.com/cinesura mit einem Betrag ihrer Wahl unterstützen. Der Projektor sei entscheidend für den Betrieb und müsse dringend ausgetauscht werden, heißt es in der Pressemitteilung zur Kampagne. Benötigt wird ein Laserprojektor, der die Qualität der Filmvorführungen verbessern und den Energieverbrauch senken soll. Das Kino zählt zu den ältesten Luxemburgs und ist Teil der Gruppe Cinextdoor: Der Verbund, gegründet 2021, vereint acht regionale, unabhängige luxemburgische Kinos (Ciné Orion, Ciné Prabheli, Ciné Scala, Kulturhuf Kino, Kinoler, Ciné Le Paris, Ciné Starlight) und vertritt deren Interessen. Wer für die Spende tiefer in die Tasche greift, wird großzügig belohnt: Für Spenden ab 2.500 Euro gibt es lebenslang freien Eintritt; ab einem Betrag von 20.000 Euro dürfen die Geldgeber*innen das Kino ein Jahr lang nach sich selbst benennen.

EU will ungefragt sparen

(tf) – Kein Thema sollte dem Europaparlament wichtiger sein als die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Das gab eine Mehrheit der Luxemburger*innen (39 Prozent) bei einer Meinungsumfrage für den „Eurobarometer“ sechs Monate vor den Europawahlen an. Sie sind sich bei dieser Priorität mit den restlichen EU-Bürger*innen einig (36 Prozent). Auf Platz zwei rangiert hierzulande die „Zukunft Europas“, die EU-weit nur an sechster Stelle steht. Wie im Rest der EU werden außerdem das öffentliche Gesundheitswesen und die Bekämpfung des Klimawandels als dringliche Aufgaben gesehen. Mit den geplanten Fiskal- und Schuldenregeln, über die am Donnerstag bei Redaktionsschluss dieser Zeitung auf einem Treffen der Eurogruppe verhandelt wurde, werden sich solche Prioritäten nur schlecht vereinbaren lassen. Dort nämlich ist eine Kürzung der Haushalte von 14 EU-Mitgliedsstaaten in Höhe von rund 45 Milliarden Euro für das Jahr 2024 vorgesehen. Die EU-Mitgliedsstaaten hatten vor der Beratung ihre Haushaltsentwürfe vorgelegt, die von der EU-Kommission kommentiert worden sind. Auch Luxemburgs neue Regierung wird aufgefordert, den fiskalpolitischen Empfehlungen zu entsprechen, die vom Rat der Europäischen Union angenommen wurden. Dies sei bislang noch nicht vollständig der Fall; unter anderem wird hier die Begrenzung der Möglichkeit zur Frühverrentung genannt. Der Europäische Gewerkschaftsbund Etuc kritisiert das Vorhaben. „Die Pläne zur Wiedereinführung von Sparmaßnahmen, die derzeit vom Rat erwogen werden, würden es Europa unmöglich machen, den Prioritäten der Bürger gerecht zu werden, und stattdessen mehr Armut und Umweltverschmutzung bedeuten“, so Etuc-Generalsekretärin Esther Lynch.